

Sorauer Tageblatt

Telegr.: Tageblatt Sorau Niederlausitz
Vollständig - Konto:
Nr. 954 Berlin N.W. 7

(Sorauer Wochenblatt)

Fernsprecher Nummer 22 und 37

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christiansstadt a. B.

Groß-Konto
bei der Reichsbank



Veröffentlichungsweise: Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (einzelnd): In Sorau in den Ausgabestellen für August 50000 M., ins Haus gebracht 51500 M., auf dem Bande in den Ausgabestellen der nahe Sorau gelegenen Ortsteile 51000 M., der wasser-gelegenen 50630 M., ins Haus gebracht 52100 M., mehr durch die Post bezogen 50000 M. einchl. Beleggeld. — Wochenkarten, nur in der Geschäftsstelle, Lindenstraße 2, 12500 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeits- einstellung oder Auslieferung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Prolongation des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise (treibend): Die 9 gelbste Kolonelle für Anzeigen aus Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 300 Mark, für auswärtige Anzeigen 1600 Mark; im Restgebiet die 4 gelbste Kolonelle je Millimeterhöhe 3000 Mark, für auswärts 4000 Mark. — Für Anzeigen, durch Fernsprecher aufgenommen, wird ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr für Richtigkeit zu übernehmen. — Rabat nach festem Tarif, nur gültig bei Barzahlung innerhalb 10 Tagen; bei späterer Zahlung, bei Kontofürten und bei Erhebung durch Nachnahme erlischt jeder Anspruch auf denselben.

Nummer 189

Mittwoch, den 15. August 1923

113. Jahrgang

Das neue Reichstabinett.

Berlin, 13. August. (Amtliche Meldung.) Der Reichspräsident hat den Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann zum Reichkanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsministerien wie folgt besetzt: Reichsminister für Wiederaufbau und Stellvertreter des Reichkanzlers: Reichsminister a. D. Robert Schmidt, Reichsarbeitsminister: Reichsminister Dr. Brauns, Reichsminister des Innern: Reichstagsabg. Gollmann, Reichsverkehrsminister: Reichsminister Deser, Reichsfinanzminister: Dr. Silberding, Reichswehrminister: Reichsminister Dr. Gehler, Reichsjustizminister: Reichsminister a. D. Radbruch, Reichsernährungsminister: Reichsminister Dr. Luther. Das neu zu schaffende Amt eines Reichsministers für die besetzten Gebiete wird dem Oberpräsidenten Fuchs übertragen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Auswärtigen ist bis auf weiteres der Reichskanzler beauftragt. Für das Reichswirtschaftsministerium ist der Reichsminister a. D. v. Kaunert in Aussicht genommen. Das Reichspostministerium ist noch unbesetzt.

Dem neuen Kabinett gehören vier Sozialdemokraten (Schmidt, Gollmann, Silberding, Gehler), drei Mitglieder der Deutschen Volkspartei (Stresemann, Dr. Luther, v. Kaunert), zwei Mitglieder des Reichstags (Dr. Brauns, Fuchs) und zwei Demokraten (Deser, Dr. Gehler) an. Ausgeschlossen sind vom Kabinett: Cuno, Dr. Seeder, Dr. Semmer, Dr. Heine, v. Krosenborg.

Im Laufe des Montag vormittag fand eine eingehende Aussprache zwischen Dr. Stresemann und dem scheidenden Kanzler Dr. Cuno statt.

Das Kabinett wird heute vormittag um 10 Uhr zu seiner ersten Sitzung zusammenkommen, in welcher die Regierungserklärung abgelesen werden soll.

Dem „Vormittag“ zufolge besteht der Plan, am nächsten Ministerpräsidenten Braun erst zum Reichsminister ohne Portfeuille zu ernennen.

Die zu Montag angelegte Reichstagsitzung wurde abgelehnt, eine neue Sitzung ist noch nicht anberaumt.

Der neue Reichkanzler.

Dr. Stresemann ist nach seinen politischen Grundgedanken als derjenige Politiker anzusehen, der mit seinem Denken, Fühlen und Wollen in dem guten und unzerstörbaren Kern des alten Deutschen Reiches wurzelt, und der dabei doch vom ersten Tage an mit der Kraft an der Neugestaltung Deutschlands gearbeitet hat. In ihm ist alles das zu finden, was aus dem früheren Deutschland den Antrieb unseres nationalen Willens zu uns herüberbringt: das Bewußtsein unserer ehelichen Größe und die heilige Ueberzeugung, daß wir wieder den Weg zu ihr finden müssen. Er hat aber auch stets den festen Willen bezeugt, unermüdet daran zu arbeiten, daß etwas Neues wird, nachdem das Alte in einem unabweisbar bedauerlichen Maße zu Grunde gegangen ist. Er will aus den Trümmern sorgfältig die verwertbaren Bausteine heben, um mit ihnen wieder neu aufzubauen, der aber weiß, daß man dazu frischen Kalk und Mörtel braucht, wenn das Neue wieder so fest werden soll, wie das Alte einst war. Er vereint in sich die Fähigkeit der Reibung und neuezeitliche Politik, während die Reibung der Zeit, und sie bezeugt. Immer hat er bewiesen, daß er ein Mann fähigen Streites ist, immer hat er auf neue Verfassungen, auf Ausgleich der Gegensätze hingearbeitet. Im Vordergrund stand stets ihm der Gedanke der Volksgemeinschaft. Diesen macht er zur Grundlage seiner politischen Tätigkeit. Dabei hat er auch die Fähigkeit auch in der eigenen Partei immer wachen Widerstand gefunden. Sicher ist ihm, daß ihm im Lager derer, die auf die Reibung für den Gedanken der Volksgemeinschaft gewonnen werden sollten, im An-

fang offene Ablehnung geantwortet hat. Die Not der Zeit hat uns beten gelehrt, d. h. zu der Ueberzeugung zurückgeführt, daß wir dem Gebot unserer nationalen Volksgemeinschaft Ehrfurcht und Treue schuldig sind, wenn uns der äußere Druck nicht zerrücken soll. Auf diesem Wege ist es zur großen Koalition gekommen, unter der wir die Zusammenfassung aller Kräfte verstehen, die im vollen Bewußtsein ihrer staatsbürgerlichen Pflicht das neue Deutschland, das geworden ist, gestalten wollen. Die große Koalition entspricht keineswegs einer zufälligen persönlichen Kombination, sondern es war der Ausläufer einer politischen Entwicklung, die Dr. Stresemann schon vor Jahren angebahnt hat und deren Exponent er an sichbarster und höchster Stelle in dem Augenblick werden mußte, in dem die Entwicklung reif geworden war. Hoffentlich kommt es damit jetzt nicht zu spät.

Stresemanns politische Freunde erklären, sein Kabinett bedeute die Konzentrierung unserer gesamten politischen Arbeitskraft auf ein Ziel. Dieses Ziel kann gegenwärtig im Innern nur die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die Stärkung unserer wirtschaftlichen Kraft sein, nach außen aber nichts anderes als die Verteidigung des Vaterlandes gegen den französischen Einbruch. Wenn etwas in Frankreich lebt die Hoffnung keinen sollte, daß Deutschlands Widerstand nachlassen werde, so wird niemals ein Volk eine größere Entschlossenheit erlebt haben. Es ist ganz selbstverständlich, daß sich Deutschland unter seiner neuen Regierung erst recht mit aller Kraft gegen den äußeren Feind zur Wehr setzt und auch nicht einen Teil von dem Wege abweicht, den ihre Vorgängerin gegangen ist. Mit diesen Richtlinien tritt die neue Regierung ins Leben. Sie findet eine ungeheuer schwere Aufgabe vor sich. Wir sind trotzdem überzeugt, daß ihre Taten bald von dem Willen Zeugnis ablegen werden, nach den Richtlinien auch zu handeln.

Die „Berliner Montagpost“ veröffentlicht eine Unterredung ihres Vertreters mit dem neuen Reichkanzler Dr. Stresemann, der sich dabei u. a. folgendermaßen äußerte: Selbstverständlich ist es, daß ein Kabinett der großen Koalition einen starken politischen Charakter frage. Aber keineswegs werden die Mitglieder von den Fraktionen präsentiert. Vielmehr werde das neue Kabinett bei der Vorkommung noch einige Wochen aufzuweilen, aber es werde aktionsfähig sein. Das ist erforderlich, denn die geplannte Lage erfordert vor allem die rasche Bildung des Kabinetts. „Ich nenne“, so sagte Dr. Stresemann, „die Lage „geplant“, ohne daß ich damit sagen will, unglücklich.“ Außenpolitisch erfordert vor allem der letzte

englische Schritt in Paris besondere Aufmerksamkeit. Innenpolitisch erfordern die kommunalistischen Bewegungen in Mitteldeutschland, den Generalstreik durchzuführen, Gegenmaßnahmen.“ Dr. Stresemann schloß: „Es gilt jetzt nicht über die Vergangenheit zu reden, wir wollen den Blick nach vorwärts richten und sofort an die Arbeit gehen.“

Dr. Gustav Stresemann wurde im Jahre 1878 in Berlin geboren. Nach dem Besuch des Andreas-Realgymnasiums studierte er auf den Universitäten Berlin und Leipzig Staatswissenschaften. 1902 wurde er Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller. Von dieser Stellung aus schuf er sich das Feld für seine politische Betätigung als Mitglied der Nationalliberalen Partei. Im Jahre 1907 wurde er in den Reichstag gewählt und trat dort im Laufe der Jahre mehr und mehr als Reformer seiner Partei hervor, deren Führer er nach dem Tode Walthermanns wurde. Als es nach dem November-Revolution im Winter 1918/19 zu einer Vereinigung der fortschrittlichen Volkspartei mit einem Teile der Nationalliberalen Partei kam, gründete er die Deutsche Volkspartei.

Weitere Personalveränderungen.

Der „Montagspost“ zufolge haben sämtliche Parteien der großen Koalition beschlossen, dem Reichsbaudirektorium den Wunsch nach einem Wechsel in der Leitung der Reichsbank zu übermitteln.

Der „Montagspost“ zufolge wird gemeldet, daß die beiden Betriebsverwaltungen der Post und der Eisenbahn unter ein gemeinsames Verkehrsministerium gestellt werden, dem ein Fachmann vorzuziehen soll, der den deutschen Nationalen nahesteht, aber kein eigentlicher Parteimann ist. Die Ministerliste gibt für diese Meldung keine Bestätigung.

Cunos Demissionsgesuch.

Nachdem Reichkanzler Dr. Cuno und sein Kabinett beschlossen hatten, zurückzutreten, begab sich Herr Dr. Cuno diesen Schritt in einem Schreiben an den Reichspräsidenten, das folgenden Wortlaut hat:

Herr Präsident!
Als ich, Ihrem Auf folgen, die Leitung der Regierung übernahm, gab ich der Ueberzeugung Ausdruck, daß angesehens des Ernstes der uns bevorstehenden Zeiten nur eine völlig einheitliche Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands vor schwerem Unheil bewahren werde. Während der letzten vier Wochen sind nun Monate sich in die Führung der Politik leits von dem Bestreben leiten, der Verwirklichung jener Zusammenfassung aller Kräfte den Weg zu ebnen.

In der Tat haben die Grundlinien der auswärtigen Politik der Reichsregierung, hat, ihre Stellung im Weltverkehr im Inneren und an Rhein, haben wichtige Aufgaben gestellt und die Sicherung der Vorkriegslage, die eben verabschiedeten Steuererlasse und die Aktion der großen werksfähigen Industrie die Zustimmung aller den Staatsgedanken beabsichtigten Kräfte gefunden.

Der Wille der Nation, sich im Kampfe um Leben und Freiheit zu behaupten, kam darin zum klaren einheitlichen Ausdruck.
Aus der Entwicklung der letzten Tage habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß nach einer in weiten Kreisen der berufenen Vertretung des deutschen Volkes vorhergehenden Ansicht der entschlossene Wille zur Selbstbehauptung noch stärker und noch nachdrücklicher durch eine Regierung verkörpert werden würde, die von einer Koalition großer Parteien gebildet und damit von einer starken festen Mehrheit des Reichstages getragen ist.

Ich bitte daher, Herr Reichspräsident, mein Amt und die Ämter der Herren Reichsminister hiermit in Ihre Hände zurücklegen zu dürfen.

Mit der Versicherung aufrichtiger Hochachtung, bin ich, Herr Reichspräsident, Ihr Ihnen sehr ergebener
Cuno.

Vorübergehende Einstellung der Sachlieferungen.

Sachlich wird, wie gestern noch kurz in einem Teile der Auflage gemeldet, mitgeteilt: Deutschland hat nach dem Ausbruch der

Sucht, die Reparations- und Restitutionspflichten an die am Ausbruch nicht beteiligten Mächte anstrebt zu erfüllen, obwohl durch die Abschüttelung des Rheinlandes und des Ruhrgebietes das wichtigste Gebiet Deutschlands für Ausfuhrproduktion und Restitutionsmaßnahmen weggefallen war. Deutschland hat damit den Beweis seines Leistungswillens bis zum Durchbruch erbracht. Die jetzt die Situation durch einen Dollarstand von mehr als fünf Millionen Mark charakterisiert ist, verlangt aber Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands, um der Bevölkerung das Existenzminimum zu sichern und drohenden Hunger abzumenden. Gegenüber diesem Ziel müssen alle anderen Aufgaben zurücktreten. Die Reichsregierung ist daher gezwungen, vorübergehend die im Vertrag von Versailles vorgesehenen Sachlieferungen auch an England, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal und Rumänien einzustellen, da gerade deren Finanzierung das Budgetdefizit und die Inflation zum wesentlichen Teile hervorgerufen hat. Wäre die bis jetzt übernommene und noch nicht bezahlten Sachlieferungen erforderlich bei dem jetzigen Stand eine Aufwendung von rund 300 Millionen Papiermark. Wenn dazu noch weitere Sachlieferungen erforderlich wären, würde der Erfolg der von Reichstag ausgehend heranzuhelfen Erneuerung und der Geldanlage von vornherein in Frage gestellt sein. In Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die Italien in der Beschaffung der für seine Wirtschaft notwendigen Rohstoffe findet, wird aber versucht werden, die Rohstofflieferung an Italien fortzusetzen.

Der Entschluß der Reichsregierung bedeutet keineswegs eine endgültige Einstellung der Sachlieferungen. Da nach dem Betrag von Versailles erforderlichen Sachlieferungen werden vielmehr wieder aufgenommen werden, sobald Reichsfinanzen und Währung dies gestatten.

Die britische Note an Frankreich und Belgien

ist stärker und deutlicher als alles, was bisher von englischer Regierungseite gesagt worden ist. Sie enthält Feststellungen, die auch für Deutschland von erheblichem moralischen Wert sein können, wenn sie entschlossen aufgegriffen und geschickt verwertet werden. Praktische Wirkungen in der Politik können allerdings nur dann erzielt werden, wenn hinter diesen Worten ein fester Tatwille steht. Das wird man bei England mit Recht bezweifeln können. Die Note steht neben den Ereignissen in Deutschland im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Den Hauptinhalt der Note haben wir gestern schon mitgeteilt. In einer Zusammenfassung erklärt die britische Note zum Schluß, mehr zu verlangen als Deutschlands Spähfähigkeit, könne nicht zur tatsächlichen Erzielung von Reparationen mitwirken, sondern nur die Werte zerstören, die Deutschland den Alliierten anbieten könne. Es werde zeigen, daß Deutschland nur substantielle Zahlungen machen könne, wenn durch die Herstellung seiner Staatsfinanzen und einer Stabilisierung seiner Währung ein Ueberfluß für die Reparationsarbeiten sein Budget verfügbar sei. Auswärtige Schulden könnten nicht bezahlt werden durch die Einzahlung von an Wert verfallenden Papiermark. Nach Ansicht der britischen Regierung werde ein gewalttätiger Eingriff in das wirtschaftliche Deutschland selbst nicht mit den Bedingungen des Versailler Vertrages vereinbar sei, nicht nur die Verwirklichung von Ueberflüssen für Reparationen verhindern, sondern durch Verschärfung der Anordnung in den deutschen Finanzen und der deutschen Währung die ersten Folgen aus den Handel haben. Die britische Regierung betradete daher die von der belgischen und der französischen Regierung verfolgte Methode zur Erzielung von Reparationen als zu einem Fehlschlag verurteilt. Außerdem sei ihr der Ansicht, daß die daraus entstehende Lage eine große und wachsende Gefahr für den friedlichen Handel der Welt und nicht zum mindesten Englands bedeute. Die britische Regierung sehe eine Fortdauer der augenblicklichen Lage als mit den ersten Folgen gefährlicher Art verbunden an. Sie betrachte die unparteiliche Festsetzung der Verpflichtungen Deutschlands in Höhe einer Summe, die nicht übersteigt sei mit der praktischen Kraft Deutschlands, Zahlung zu leisten, als eine Frage von großer Dringlichkeit.

Zum Schluß gibt Lord Curzon der Hoffnung Ausdruck, daß seine Darlegungen die Zustimmung der französischen und belgischen Regierung zur Annahme des britischen Standpunktes herbeiführen werde. Es widersteht

Familien-Nachrichten.

Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme beim Selbstaufopfernden Entschlafen des früheren Bauerngutsbesizers

Louis Siegmund

sprechen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank aus.

Saubnitz, den 14. August 1923.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Ämliche Anzeigen

Änderung der Beiträge in der Angestellten- und Invalidenversicherung.

Auf Grund des Gesetzes über Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte und der Reichsversicherungsordnung vom 13. Juli d. Js. (R.-G.-Bl. I Seite 636 ff) sind die bisherigen Lohnstufen in der Angestellten- und Invalidenversicherung wie folgt ergänzt worden:

Klasse 13	von mehr als 720000 bis zu 2160000 Mkt. (monatlich 60000 bis 180000 Mkt.)
Klasse 14	von mehr als 2160000 bis zu 4320000 Mkt. (monatlich 180000 bis 360000 Mkt.)
Klasse 15	von mehr als 4320000 bis zu 6480000 Mkt. (monatlich 360000 bis 540000 Mkt.)
Klasse 16	von mehr als 6480000 bis zu 8640000 Mkt. (monatlich 540000 bis 720000 Mkt.)
Klasse 17	von mehr als 8640000 bis zu 11880000 Mkt. (monatlich 720000 bis 990000 Mkt.)
Klasse 18	von mehr als 11880000 bis zu 15120000 Mkt. (monatlich 990000 bis 1260000 Mkt.)
Klasse 19	von mehr als 15120000 bis zu 19440000 Mkt. (monatlich 1260000 bis 1620000 Mkt.)
Klasse 20	von mehr als 19440000 bis zu 23760000 Mkt. (monatlich 1620000 bis 1980000 Mkt.)
Klasse 21	von mehr als 23760000 bis zu 29160000 Mkt. (monatlich 1980000 bis 2430000 Mkt.)
Klasse 22	von mehr als 29160000 bis zu 35640000 Mkt. (monatlich 2430000 bis 2970000 Mkt.)
Klasse 23	von mehr als 35640000 Mkt. (monatlich mehr als 2970000 Mkt.).

Die entsprechenden Monats- bzw. Wochenbeiträge sind folgende:

Gehaltsklasse	Angestelltenversicherung	Invalidenversicherung
13	5 000 Mkt.	800 Mkt.
14	10 000 "	1 400 "
15	17 000 "	2 000 "
16	24 000 "	2 800 "
17	32 000 "	3 600 "
18	42 000 "	4 800 "
19	54 000 "	6 000 "
20	68 000 "	7 600 "
21	82 000 "	9 200 "
22	100 000 "	11 000 "
23	124 000 "	14 000 "

Für bisher in den Gehaltsstufen 1-12 Versicherte der Angestelltenversicherung gilt vom 1. August d. Js. ab und für bisher in den Lohnstufen 1-12 Versicherte der Invalidenversicherung gilt vom 20. August d. Js. ab die 13. Gehalts- bzw. Lohnklasse.

Gorau N.-L., den 30. Juli 1923.

Verkehrsamt.

Veröffentlicht!
Gorau N.-L., den 14. August 1923.

Die Polizeiverwaltung.

Wert der Sachbezüge.

Der sich nach den jeweiligen Sätzen des Landesfinanzamtes richtende Wert der Sachbezüge im Bereich der Reichsversicherungsordnung und Angestelltenversicherung ist in der Nr. 32 des Kreisblattes, S. 232 ff. veröffentlicht.

Es tritt vom 1. August ab an die Stelle der bisherigen Sätze.

Gorau, den 7. August 1923.

Versicherungsamt.

Veröffentlicht!
Gorau N.-L., den 14. August 1923.

Die Polizeiverwaltung.

Einführung der Verpflichtung zu monatlichen Abschlagszahlungen bei der Unfallsteuer.

Durch die im Reichsanzeiger und im Reichsgesetzblatt veröffentlichte Verordnung vom 4. August 1923 ist für die Unfallsteuerpflichtigen, die im Kalenderjahre 1923 nach ihrer Steuererklärung oder falls eine Veranlagung bereits erfolgt ist, nach dieser den Betrag von 1,5 Millionen Mkt. überlegene die Verpflichtung zu monatlichen Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen nach Maßgabe der im abgelaufenen Monat verzeichneten Entgelte eingeführt worden. Die erste Abschlagszahlung ist für den Monat Juli zu leisten, und zwar bis zum 15. August 1923 (später je bis zum 10. jeden Monats).

Gorau N.-L., den 13. August 1923.

Sinnangut.

Möbel und Polsterwaren

empfehlen preiswert

Ernst Kerber,

Tapeziermeister, Möbel- und Dekorationsgeschäft, Aeschelstraße 6.

Zeitungs-Musträgerin

für Arbeiter Straße zum 15. August gesucht. Zu meiden in der Expedition des "Soraer Tageblattes", Lindenstraße 2.

Miets-Gesuche

Suche für meinen Jungener möbliert.

Zimmer.

Angebote an

Wilhelm Schulz,
Machinenfabrik.

Jungere Mann sucht für sofort oder später möbliertes

Zimmer

Schiffstr. 51, u. W. 522 an die Exped. d. Bl.

Altes Eisen

Kupfer
Messing
Zink
Blei

kauft zu hohen Preisen vorgelegene Auswale

Gustav Stephan,
Schloßbränerstr. 15.

Einkauf von Personen unter 21 Jahren verboten.

Stoff

für 1 Anzug verkauft
Blumenhalle Flora,
Wartenstraße 6.

Allgemeine Ortskrankenkasse Gorau N.-L., Wilhelmstr. 38.

Auf Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 7. August d. Js. kann für den Grundlohn der Entgelt berücksichtigt werden, soweit er für den Kalendertag nicht den vierfachen Betrag der vom Statistischen Reichsamt regelmäßig veröffentlichten Reichsindexzahl der Lebenshaltungskosten übersteigt. Der am 8. August d. Js. veröffentlichte Reichsindex ist auf 149371 festgelegt. Aufgerundet auf 150000 Mkt. und multipliziert mit 4 ergibt mit Wirkung vom 13. August 1923 an einen Schätzwertlohn von 60000 Mkt.

Stufe	Entgelt für den Kalendertag	Grundlohn	Wochenbeitrag	Kranfengeld pro Kalendertag
19	über 210000 M. bis 270000 M.	240000 M.	84000 M.	144000 M.
20	" 270000 " " 330000 "	300000 "	105000 "	180000 "
21	" 330000 " " 390000 "	360000 "	126000 "	216000 "
22	" 390000 " " 450000 "	420000 "	147000 "	252000 "
23	" 450000 " " 510000 "	480000 "	168000 "	288000 "
24	" 510000 " " 570000 "	540000 "	189000 "	324000 "

Die damit verbundenen höheren Kassenleistungen treten ab 3. September d. Js. in Kraft. Demgemäß treten zu den in unseren Bekanntmachungen vom 30. Juli d. Js. an unsere Bekanntmachung vom 30. Juli d. Js. Gorau, den 13. August 1923.

Der Kassen Vorstand.
Emil Müller.

Preisorts- und Landkrankenliste des Kreises Gorau N.-L.

Aufolge ministerieller Verordnung sind durch Vorstandsbeschluss ab 13. August 1923 unter Aufhebung der bisherigen Bestimmungen über Grundlöhne und Beiträge mit Wirkung vom 13. August 1923 folgende Lohnstufen und Beiträge festgelegt:

Stufe	Tagesarbeitsverdienst	Grundlohn	Beiträge
1	bis zu 2400 Mkt.	1500 Mkt.	1050 Mkt.
2	von 2400 bis 3000 Mkt.	1800 "	1260 "
3	" 3000 " 3600 "	2100 "	1470 "
4	" 3600 " 4200 "	2400 "	1680 "
5	" 4200 " 4800 "	2700 "	1890 "
6	" 4800 " 5400 "	3000 "	2100 "
7	" 5400 " 6000 "	3300 "	2310 "
8	" 6000 " 6600 "	3600 "	2520 "
9	" 6600 " 7200 "	3900 "	2730 "
10	" 7200 " 7800 "	4200 "	2940 "
11	" 7800 " 8400 "	4500 "	3150 "
12	" 8400 " 9000 "	4800 "	3360 "
13	" 9000 " 9600 "	5100 "	3570 "
14	" 9600 " 10200 "	5400 "	3780 "
15	" 10200 " 10800 "	5700 "	3990 "
16	" 10800 " 11400 "	6000 "	4200 "
17	" 11400 " 12000 "	6300 "	4410 "

Die erforderlichen Anmeldungen sind innerhalb 8 Tagen nach Veröffentlichung einzuweisen.

Die Vorstände.
Menzel, Urban.

Plantage
Mittwoch, den 15. 8. 23, abends 8 Uhr:
Garten-Konzert
Operetten- und Walzerabend.
Im Saale:
Vornehmer Tanz!!
Ehemalige Stadtkapelle.

Sonnabend, 18. 8., an 8 1/2 Ges. Ab. zu Gunsten der Rhein- und Ruhrhilfe.

Schützen-Verein Seifersdorf.
Donnerstag, 16. August
General-Verammlung
abends 8 Uhr, bei Hensdorff.
Wichtige Tagesordnung.
Der Vorstand.

Mittwoch nachmittag von 5 Uhr ab empfindlich vorzügliche

Saus-Wurst
Eduard Hein,
Große Kirchstraße 17.

Zentrifugen und Buttermaschinen
erhältlichstes Fabrikat, empfiehlt preisgünstig
Gast,
Saganer Straße 66.

Suferate Soraer Tageblatt finden im die weiteste Verbreitung
Zur Aufklärung!

Kaffe-fertel
sehen zum Verkauf bei
Paul Geifert,
Brauhausstraße 14.

Ein Paar
Gänseblauhe
mit Enten zum verkaufen. Auskunft gibt die Geschäftsstelle des Tageblattes.

RUTIN
Sehr gut erhaltener
Tafel-Kinderwagen
mit Gummibereifung (Brennabor) ist preiswert zu verkaufen.
Max Graf, Seifersdorf,
Soraner Straße 22.

Fahrradlampe verloren gegangen.
Sonntag geg. 1/2 Uhr Saganer Straße. Abgabe, geg. Belohnung
Niederstraße Nr. 47.

Gofas, Chaiselongues, Matrassen liefert preiswert
Carl Görlich,
Waderstraße 1.
- Telefon 284. -
Gebr. Federbett ist preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in d. Expedition d. Bl.



Stern-Hafer-Flocken
billig abendrein.
Schlesische Mühlenwerke A.G. Breslau

Soraer Wirtschafts-Vereinigung
eingetragene Genossenschaft m. b. S.

Einladung
zu einer 2. außerordentlichen Generalversammlung am 22. August 1923, abends 8 Uhr in der Gutt. n. p. l. o. g. e.
Tagesordnung:
1. Auswahl eines Vorstandes und eines Aufsichtsratsmitgliedes.
2. Erhöhung des Geschäftsanteils.
3. Satzungsänderung.
Diese Verammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Ertrijenenen beschlußfähig.
Der Aufsichtsrat. Der Vorstand.
Hemmerling. Geleit. G. r. o. e. d. h.

Guten, trocknen Lagerraum
zu mieten gesucht.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Chaiselongues
mit guten Stoff bezügen empfiehlt
Soraer Möbelfabrik vorm. W. Heinz
Niederstraße 38.

Gezeichnete Hand-Arbeiten
billigst bei
Markstein, Bahnhofstr. 9.

Kaufmann
gef. Alters sucht
Stellung
bei Anbultrie, Großhandel od. Verhörde.
Schriftl. Offerten unter C. K. an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Rudsfäde
empfehlen
Rauert & Pittius N.-G.

Christianstadt
Bekanntmachung.
Ortsfakung

Betreffend die Zahl der Stadtverordneten in der Stadt Christianstadt.
Auf Grund des § 4 des Gesetzes über die vorläufige Verwaltung der Gemeindebehörden vom 9. April 1923 (G. S. 83) wird mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung die Zahl der neu zu wählenden Stadtverordneten auf 13 festgelegt.
Diese Ortsfakung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.
Christianstadt, den 5. Juli 1923.
Der Magistrat.
gez. Vorherr, gez. Seifert.
Bestätigt.
Frankfurt a. O., den 2. August 1923.
Ramens des Bezirksausschusses.
Der Vorsitzende.
Gm. 523 J. W. gez. Unterschrift.
2. 2. / 23.
Veröffentlicht.
Christianstadt, den 11. August 1923
Der Magistrat.

